

„Ferienschutz“ zur Sicherung der ehrenamtlichen Jugendverbandsarbeit

Der Berliner Landesjugendring fordert den Berliner Senat dazu auf, sich stark dafür einzusetzen, dass in den Berliner Hoch- und Fachhochschulen im Zeitraum der Schulferien keine Leistungsnachweise und/oder Klausuren vollbracht bzw. geschrieben werden müssen. Die Einführung eines so genannten „Ferienschutzes“ soll jungen Menschen die Möglichkeit geben, sich in der Zeit der Berliner Schulferien ehrenamtlich zu engagieren. Dabei darf dies keine nachteiligen Auswirkungen für das Studium der Betroffenen nach sich ziehen.

Eine funktionierende und vielfältige Jugendverbandsarbeit ist nicht denkbar ohne die große Bereitschaft zahlreicher junger Menschen, sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich zu betätigen. Doch aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen und politischer Beschlüsse der letzten Jahre gerät das Ehrenamt in der Jugendarbeit zunehmend in die Enge. Die veränderte Lebenssituation junger Menschen stellt mittlerweile eine grundsätzliche Bedrohung ehrenamtlichen Engagements dar. Während Politikerinnen und Politiker in Sonntagsreden regelmäßig den Wert ehrenamtlicher Arbeit für eine positive Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders betonen, stehen diese rhetorischen Bekenntnisse in krassem Widerspruch zur mangelnden Förderung sozialen Engagements in der Realität. Die Umgestaltung der (Hochschul-) Bildungslandschaft hat bei der Vergrößerung dieser Kluft zwischen vermeintlicher Wertschätzung und den tatsächlichen Rahmenbedingungen von Ehrenamtlichkeit junger Menschen einen erheblichen Anteil.

So stehen Studierende seit der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge in ihrer derzeitigen Ausgestaltung unter einem unerhörten Zeitdruck und Leistungszwang, der sich unter anderem im Mangel an Masterstudienplätzen manifestiert. Dieser politisch erzeugte Selektionsmechanismus setzt Studierende einem erhöhten Wettbewerb aus. Indem statt selbstbestimmten Lernen und der Möglichkeit zur Persönlichkeitsentwicklung allein die Prämissen des Auswendiglernens und des Sammels von Credit-Points dominieren sinkt die Qualität der Bildung. Junge Menschen, deren Studium und Unterhalt nicht komplett von den Eltern finanziert werden, haben zudem große Schwierigkeiten das geforderte Tempo im Studium einzuhalten und gleichzeitig ihren Lebensunterhalt durch Nebenjobs zu ermöglichen. Trotz dieser verschärften Widrigkeiten besitzen viele Studierende nach wie vor die Bereitschaft zu umfangreicher ehrenamtlicher Betätigung. Zu den weitreichenden Konsequenzen der beschriebenen Entwicklungen gehört jedoch ebenfalls, dass formale Hürden und Anforderungen an Studierende dies immer häufiger unmöglich machen.

Hierzu gehören unter anderem die Nebenwirkungen der BA/MA-Studiengänge, die Studierenden aufgrund eines fehlenden „Ferienschutzes“ kaum noch die Teilnahme an Ferienfreizeiten innerhalb der Berliner Schulferien ermöglichen. Studentinnen und Studenten leisten jedoch gerade für Ferienprojekte oder Zeltlager von Jugendverbänden einen nicht wegzudenkenden Beitrag. Dies gilt im Besonderen für die Sommerfreizeiten und Zeltlager. Dabei

sind genau diese Aktivitäten Höhepunkte im Jahreskalender vieler aktiver Jugendverbände und ihrer Mitglieder.

In Berlin gibt es durch die Sonderurlaubsregelung im AGKJHG §10 und die „Vereinbarung über die Gewährung von Sonderurlaub bei ehrenamtlicher Jugendpflegearbeit“ schon politische Bestrebungen ehrenamtliches Engagement zu unterstützen und zu fördern. Diese Regelungen erreichen aber nur Ehrenamtliche, die auch Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer sind. Studentinnen und Studenten haben keine Möglichkeit ihre zeitlichen Freiräume für ehrenamtliches Engagement mitzubestimmen.

Die Förderung ehrenamtlicher Strukturen ist Voraussetzung für eine lebendige Jugendverbandslandschaft. Zu einer gebührenden Anerkennung der gesellschaftlichen Bedeutung von Jugendverbandsarbeit gehört: Jungen Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren möchten, muss dies auch ermöglicht werden. Um ehrenamtliches Engagement zu fördern und die zahlreichen Angebote der verschiedenen Verbände weiter anbieten zu können, müssen wir alle versuchen Studentinnen und Studenten die dafür notwendigen zeitlichen Freiräume geben zu können.